

Die Auflösung der Zentralen.

Budapest, 14. März.

Im Handelsministerium fand heute unter Vorsitz des Handelsministers Graf Garani eine Sachberatung über die Auflösung der Zentralen statt. Die Diskussion stand auf hohem Niveau und führte zu einer Klärung der sich gegenüberstehenden Standpunkte der sozialistischen Bestandschauung und der Vertreter der auf kapitalistischer Grundlage stehenden Wirtschaftskreise. Das Ergebnis der Debatte fasste Handelsminister Garani dahin zusammen, daß wir eine radikale Lösung der Frage so lange

nicht vornehmen können, bis die Nachbarstaaten, mit denen wir den Wettbewerb aufnehmen haben, auf einer anderen Grundlage stehen. Ueber den Verlauf der Enquete berichten wir in nachstehendem:

Handelsminister Graf Garani eröffnete die Enquete und führte aus, es erscheine notwendig, die Ansicht aller Wirtschaftskreise über die Frage der Abrüstung der Zentralen zu vernahmen.

Dr. Franz Mátya kennzeichnete sodann die Entwicklung der Zentralen während des Krieges, worauf Regierungskommissar Josef Bago über die bisherige Tätigkeit in der Richtung der Abrüstung der Zentralen Bericht erstattete.

Finanzminister Szende steht auf dem Standpunkt, daß die Zentralen mit wenigen Ausnahmen auszulösen sind und an deren Stelle eine unter Regierungseinfluß stehende Organisation zu treten habe, die den geänderten politischen und sozialen Verhältnissen entsprechen soll. Redner bemerkt, daß er bei der Lösung der Aufgaben dieser Organisation auch dem Handel eine Rolle einräumen wolle, doch muß auch der Handel sich der geänderten Weltordnung anpassen und es sei hauptsächlich der nichtkapitalistische Handel zu berücksichtigen. Der Redner betont übrigens, daß er sich nicht in seiner Eigenschaft als Minister äußere, da die Angelegenheit nicht in sein Ressort falle.

In der Debatte führt Franz Heinrich aus, man müsse die Zentralen unbedingt auflösen; das soll das Grundprinzip sein, in dessen Wille die Abrüstung nicht auf einmal, sondern stufenweise mit Uebergängen durchzuführen. Insbesondere die Zentralen für das Bekleidungswesen müßten auch während des Ueberganges die Beamten, Arbeiter und kleineren Existenzen mit Bekleidungsartikeln versorgen. Redner müsse jedoch sehr energisch gegen jene Tendenz sich verwahren, die den Handel und die Industrie vollständig aus dieser Aktion ausschließen wolle. Er freut sich, an dieser Stelle den Handel, zu dem er selbst gehört, vor der Beschuldigung in Schutz nehmen zu können, daß derselbe unerbittlich egoistisch und für das öffentliche Wohl schädlich sei. Mißbräuche kamen während des Krieges in allen Ländern vor, doch gehe es nicht an, eine ganze Berufsklasse zu verurteilen, die staatsertreu wirkt, dabei das beste Steuerobjekt ist und ebenso patriotisch fühlt, als welche Klasse immer. Das müsse man endlich festnageln, und den Handel und die Industrie vor allen Angriffen beschützen. Redner warnt davor, den Genossenschaften und Einkaufszentralen alle Aufgaben des Handels zu übertragen, denn das führe zum Bankrott und verteuere die Warenbeschaffung. Der routiniertere, fündige und anständige Kaufmann ist nicht zu entbehren, und nirgend auf der Welt wolle man einen solchen Sprung ins Dunkle unternehmen als bei uns, wo man den Handel ganz beiseite schieben wolle. Redner bekennet sich als unbedingten Anhänger des freien Handels.

Dr. Solomon Ballanhi urgiert im Namen des Landesverbandes ungarischer Kaufleute die möglichst große Freiheit des Handelsverkehrs und wünscht die Auflösung der Zentralen mit derselben Begründung, wie dies Finanzminister Szende tat. Nur die vorhandene Handelsstätigkeit ist imstande, dem bestehenden Warenmangel abzuhelfen, und zwar durch die Austreibung der Waren und die Einführung aus dem Auslande. Hierzu ist aber die Auflösung der Zentralen nicht ausreichend. Die derzeitigen Hindernisse des Außenhandels müssen behoben werden. Auch für einzelne Kaufleute muß die Kompensation ermöglicht werden, die Ausstellung der Reisepässe muß erleichtert werden, der Verkehr müsse sich freier gestalten. Redner polemisiert mit jenen, die die Funktion des Kaufmannes in der neuen Ära nur in der Verteilung der Waren erblicken. Die Ambition des ungarischen Kaufmannes geht über dieses Maß weit hinaus. Die Austreibung der Ware, die Deckung des Bedarfes großer Massen sind die richtigen Aufgaben des Kaufmannes. Dies könne keine Zentrale an Stelle der Kaufleute erledigen. Jemandem Ministerium könnte die Uebergangsverfügungen übernehmen, aber Redner hält die Errichtung eines Ministeriums für öffentliche Versorgung aus mehreren Gründen nicht für empfehlenswert.

Staatssekretär Moriz Erdelyi führt aus, daß die radikale Forderung insoweit notwendig sei, als das Angebot die Nachfrage nicht übersteige. Vorläufig dürfen also die Zentralen nicht nur nicht aufgelöst werden, sie müssen vielmehr vermehrt, aber durchaus umorganisiert werden. Hierbei sind die folgenden Gesichtspunkte zu wahren: Jeder Artikel muß vom Rohmaterial bis zum Fertigprodukt in einer Hand vereinigt sein. Die betreffende Stelle muß über alle hundert Prozent des Artikels verfügen können: endlich dürfen die verschiedenen Zentralen keine verschiedene Politik befolgen. Zu diesem Behufe soll ein gemeinsamer Senat aller Zentralen errichtet und sämtliche Zentralen dem Ernährungsministerium unterstellt werden, das zu einem öffentlichen Versorgungsinstitut umgestaltet wäre. Maßgebend sei auf der ganzen Linie das Interesse der Konsumenten.

Universitätsprofessor Dr. Eugen Barga meint, daß hier ein überaus wichtiges politisches Interesse im Betracht komme. Die Arbeitermassen seien nicht mehr bereit, auf ihren bisherigen standard of life zu verharren. Sie fordern vielmehr eine ergiebige Erhöhung desselben. Auf der anderen Seite sei aber die kapitalistische Produktion nicht in der Lage, soviel zu erzeugen, daß diese Ansprüche der Arbeiterschaft befriedigt werden können. Wenn nicht ein Ausweg gefunden werden wird, so müßte dies zu Zusammenstößen führen, wie wir dies in Russland sehen. Der Ausweg wäre aber nur in der Umorganisation der Wirtschaft in der Richtung der sozialistischen Produktion zu finden. Es soll ein Produktionsrat errichtet werden, der über alle Produktionsmittel — mit friedlicher oder gewaltsamer Einbeziehung der Kapitalisten — verfügt. Die bestehenden, beziehungsweise umzugestaltenden Zentralen und ähnliche Organisationen werden Detachements der genannten Zentralstelle. All dies bezieht sich selbstverständlich bloß auf jene Artikel, die in Großbetrieben hergestellt werden und die daher in ihrer Gänge zu erfassen sind. Eine weitere staatliche Organisation hätte über alle Fertigprodukte zu verfügen. Auch der ganze Import- und Exporthandel müßte staatlich betrieben werden.

Dr. Aurel Egrdy führt in Erwiderung auf die Ausführungen der Vorredner folgendes aus: Bei der Lösung praktisch wirtschaftlicher Fragen müssen Gesichtspunkte dogmatischer Natur und Gegensätze der Weltanschauungen in den Hintergrund treten, da ansonsten zwei Negationen einander gegenübergestellt werden und die Frage der Lösung nicht nähergebracht wird. Der vom Professor Barga bewiesene politische

Gesichtspunkt sei übrigens nicht ohne Einwand hinzunehmen. In Wirklichkeit verhalte es sich hiemit dertari, daß die Befriedigung auch irgendeiner anderen Produktion möglich sei. Wenn man weder im Wege der kapitalistischen, noch der sozialistischen, noch auch irgendeiner anderen Produktion möglich sei. Wenn man also den Massen, deren Ansprüche insofern der begreiflichen Kriegspsychose ins Uferlose zu gehen drohen, die Befriedigung dieser Ansprüche in Aussicht stelle, so gaulte man ihnen eine fata morgana vor, die niemals zur Wirklichkeit werden könne. Man erwecke hiedurch Erwartungen, denen man niemals werde genügen können. Ist also der Zusammenbruch wegen der Nichtbefriedigung dieser Ansprüche unvermeidlich, so wäre er durch eine solche Politik nur um eine kurze Frist aufgeschoben, und dies mit dem großen Nachteil, daß unterwegs der ganze Rest des Volkvermögens aufgezehrt werden würde, so daß wir schließlich zu einer Skavensmasse kämen, in der überhaupt keine Aktion vorhanden wäre. Die Aufgabe einer realen und das wirkliche Interesse der Massen vor Augen haltenden Politik wäre also gerade umgekehrt, die Ansprüche der Bevölkerung auf das Maß der realen Befriedigungsmöglichkeit zurückzuführen. In allen Fällen sollten Experimente vermieden werden, die das lebende Volksganze gefährden. Der Gedanke, die kaufmännische Tätigkeit aus dem Wirtschaftsbetriebe auszuschalten, sei nicht zu verwirklichen. Der Einwurf, daß die kaufmännische Tätigkeit ihre treibende Kraft im Eigentum habe, kann nicht standhalten, da die Ausschaltung egoistischer Motive aus dem Wirtschaftsbetriebe utopistisch sei. Es besteht sich von selbst, daß das Interesse der Konsumenten in erster Reihe maßgebend sein müsse und daß Auswüchse und Mißbräuche zu beseitigen seien. In diesem Punkte seien Handel und Industrie durchaus auf einem Standpunkt mit der Sozialdemokratie, wie denn in ethischer Hinsicht bezüglich der Verurteilung des Krieges und aller seiner unerfreulichen Nebenerscheinungen die anständigen Elemente des Wirtschaftslebens stets gleichen Sinnes mit der Sozialdemokratie waren. Redner habe nicht den leisesten Zweifel darüber, daß bei gegenseitigem Wohlwollen und bei der Beobachtung der praktischen Notwendigkeiten und Möglichkeiten die Plattform gefunden werden könne, auf der sowohl die vorliegenden wie auch die noch zu lösenden anderen Wirtschaftspragen glücklich erledigt werden können. Dem Antrag auf Errichtung einer Kommission schloß er sich an. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Eugen Reiz verweist auf die riesige Bedeutung des Ein- und Ausfuhrhandels und betont nachdrücklich, man könne alle diese Fragen nicht isoliert behandeln, sondern man müsse darauf Rücksicht nehmen, was im Auslande geschehe.

Handelsminister Garani gibt zu, daß man die aufgelauchten Fragen in dieser Richtung insoweit nicht entscheiden könne, bis wir klar sehen, welchen Standpunkt die um uns liegenden Staaten in der Frage einnehmen. Ungarn ist viel zu klein und zu sehr isoliert, als daß es den Wettbewerb mit Erfolg aufnehmen könnte, wenn die Nachbarstaaten sich anders einrichten. Der Minister fasste sodann das Ergebnis der Diskussion zusammen.

Schließlich wurde ein engeres Komitee zur bringlichen Prüfung der Frage und zur Erstattung eines Vorschlages über die zu treffenden Maßnahmen ernannt. Nach erfolgter Antragstellung dieses Komitees wird die Enquete wieder einberufen, damit jede Branche ihren Standpunkt entwickeln könne.